

FORUM: Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Rainer Eppelmann: Neuer Aufbruch für mehr Beschäftigung

Rainer Eppelmann, geb. 1943 in Berlin, Maurerlehre, Verweigerung des Waffendienstes in der NVA der DDR, Gefängnis, Studium der ev. Theologie, Pfarrer in Ostberlin, Protest gegen das DDR-Regime, Mitgründer des „Demokratischen Aufbruch“, Minister im Kabinett Lothar de Maiziere, Wahl in den Bundestag (CDU), Vorsitzender der Bundestags-Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“, ist seit 1994 Bundesvorsitzender der „Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands“ (CDA).

Arbeitslosigkeit als gesamtgesellschaftliche Herausforderung

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor außergewöhnlichen Herausforderungen. Die hohe Arbeitslosigkeit, die Globalisierung der Märkte und die damit einhergehenden strukturellen Umbrüche in Wirtschaft und Arbeitswelt, das Zusammenwachsen Ost- und Westdeutschlands, die europäische Integration, die Belastung der sozialen Sicherungssysteme, die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft, aber auch der beschleunigte Wandel von Wert- und Verhaltensmustern - dies alles sind Erscheinungen, die langfristige Reformen und neue politische Konzepte erfordern. Dabei steht das Ringen um mehr Beschäftigung im Vordergrund. Denn die hohe Arbeitslosigkeit ist zweifellos der Dreh- und Angelpunkt unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Ohne ausreichende Beschäftigung ist unsere Staats- und Gesellschaftsordnung auf Dauer in ihren Grundfesten bedroht. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit führt zu einer gesellschaftlichen Machtverschiebung, welche die soziale Stellung von Senioren, Frauen und Arbeitnehmern besonders beeinträchtigt. Hinzu kommt, daß unsere sozialen Sicherungssysteme aufs engste mit der Erwerbsarbeit verflochten sind. Aus diesen Gründen lastet die Arbeitslosigkeit auch auf denjenigen, die einen Arbeitsplatz besitzen. Aktuelle Berechnungen zeigen, daß sich bei dem gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit für uns direkt nachweisbare Mehrausgaben und Einnahmeausfälle von fast 200 Milliarden Mark jährlich ergeben. Die Folge sind hohe Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge.

Wer in dieser Situation mit hohen Lohnforderungen droht, der droht mit dem Ende der tarifpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Vernunft. Millionen von Arbeitslosen hätten nämlich das Nachsehen. Aus der Sicht der Arbeitslosen sind solche tarifpolitischen Forderungen „Steine statt Brot“.

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren beschäftigungspolitisches Augenmaß bewiesen. Dieser Kurs muß beibehalten werden, um eine nachhaltige Wende auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Soll die Wende gelingen, müssen sich allerdings vor allem die Arbeitgeber mehr bewegen. Sie haben trotz moderater Tarifabschlüsse und trotz schmerzhafter Veränderungen im Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung die versprochenen Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen bisher nicht geschaffen.

Unternehmer müssen sich ihrer besonderen gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewußt werden. Sie können in unserem Land auf Dauer keine Gewinne erzielen, wenn die soziale Ausgewogenheit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zerstört wird.

Mehr Beschäftigung durch Investitionen

Wir brauchen jetzt - getragen von Gesamtverantwortung - ein neues „Bündnis für Arbeit“. Zu einem solchen Sozialpakt gibt es keine Alternative.

Es geht nur gemeinsam. Es ist ganz entscheidend, daß bei einem neuen Bündnis für mehr Beschäftigung die Arbeitslosen selbst beteiligt werden. Ihre Interessen müssen ebenso zum Zuge kommen wie die der Tarifparteien. Jeder muß an seinem Platz alles daran setzen, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt rasch und nachhaltig verbessert - „jeder“, das sind: Unternehmer, Arbeitnehmer, Arbeitslose, Betriebsräte, Verbandsvertreter, Kirchen, Regierung, aber auch die Oppositionsparteien.

„Umschichten und Verteilen“ allein reicht nicht, um unsere Probleme zu lösen, um mehr Beschäftigung zu schaffen. Es reicht nicht aus, nur den Mangel zu verwalten. Es reicht auch nicht, die vorhandene Arbeit zwangsweise breiter zu verteilen. Darum sind all jene, die eine generelle Arbeitszeitverkürzung fordern, auf dem Holzweg. Wenn wir neue Arbeitsplätze wollen, dann müssen wir neue Beschäftigungsfelder entwickeln, sie ausbauen - ja, überhaupt erst annehmen. Zum Beispiel: den Transrapid, die Gen- und Biotechnologie, die Kommunikationstechnik, neue Dienstleistungen und vieles mehr.

Wir müssen Investitionen in Deutschland attraktiver machen - Investitionen, die die Wettbewerbsfähigkeit fördern und neue Erwerbsfelder erschließen. Dazu brauchen wir aber auch mehr Führungskräfte, die neue unternehmerische Wege wagen, die auch neue, intelligentere Formen der Arbeitsorganisation anstreben, statt pausenlos den Standort Deutschland schlechtzureden. Es liegt zuerst an den Unternehmern selbst, wenn viele Unternehmen im internationalen Wettbewerb Terrain verloren haben. Es fehlt allzu häufig an einer wirklich kreativen Managementkultur, an Risikobereitschaft, an Verantwortungsbereitschaft für die Belegschaften.

Wenn wir neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze schaffen wollen, dann muß die Förderung von Innovationen, Investitionen, Qualifizierung und Beschäftigung prinzipiell Vorrang haben vor der Finanzierung der Arbeitslosigkeit durch Lohnersatzleistungen.

Wir brauchen nicht nur Strukturreformen sozialstaatlicher Leistungssysteme, sondern wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch - einen Aufbruch, der Beschäftigung Vorrang gibt; einen Aufbruch, der den Ausbau von Bildung und Forschung ganz oben auf die Tagesordnung setzt, der der unternehmerischen Initiative innerhalb der Gesellschaft durch den Abbau bürokratischer Barrieren mehr Entfaltungsaum gibt und unternehmerische Risikobereitschaft anstelle von passivem Sicherheitsdenken fördert.

Der Aufbruch für mehr Beschäftigung erfordert es schließlich auch, die Arbeitnehmer stärker am Produktivwermögen zu beteiligen. Bei einem heute schon globalen Arbeitsmarkt wird der Preis für die Arbeit auch zukünftig nicht erheblich steigen können. Die Erträge aus unternehmerischer Tätigkeit steigen indessen seit Jahren rasant an. Um aus der lohnpolitischen Sackgasse herauszukommen, müssen die Tarifpartner den Weg der offensiven Vermö-

genspolitik gehen. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) hat dafür gekämpft, daß in dieser Legislaturperiode ein erster gesetzlicher Schritt zu Förderung des Investivlohns erfolgen wird. Weitere Schritte der Politik und der Tarifpartner sind erforderlich, um Ludwig Erhards Vision von einer „Gesellschaft der Teilhaber“ wahr werden zu lassen. Der Gesetzgeber muß die Beteiligung am Produktivvermögen durch geeignete Rahmenbedingungen fördern. Zwar können nur die Tarifparteien Investivlöhne vereinbaren, aber der Staat muß sie rechtlich ermöglichen, finanziell durch Zulagen fördern und den gebotenen Anlegerschutz sicherstellen. Der Investivlohn ist bei einer langfristig zurückhaltenden Barlohnpolitik Ausdruck des Geben und Nehmens sowie der Gerechtigkeit und der ökonomischen Vernunft.

Gerade in den letzten Monaten wurden wichtige Reformprojekte auf den Weg gebracht und beschäftigungspolitische Weichen gestellt. Genannt sei nur der Dienstleistungsscheck, die Altersteilzeit, der sogenannte Eingliederungsvertrag, die neuen Lohnkostenzuschüsse, die Entwicklung neuer Berufsbilder, die Finanzhilfen für Existenzgründer oder die Abschaffung der betrieblichen Vermögenssteuer. Wir müssen die eingeschlagene Richtung beharrlich und mit Geduld weiterverfolgen. Denn die beschäftigungspolitischen Entscheidungen benötigen Reifezeit.

Brücken in den Arbeitsmarkt

Wir werden uns intensiver fragen müssen, wie wir jenen Arbeitslosen besser helfen können, die auch bei einer Belebung des Arbeitsmarktes voraussichtlich nicht die Chance erhalten werden, aus eigenen Kräften in den regulären Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Über die Hälfte der Arbeitslosen besitzt nur eine geringe Qualifikation. Dieser Personenkreis ist vom Verdrängungswettbewerb und Rationalisierungswettlauf im unteren Lohnsegment besonders hart betroffen. Die meisten geringqualifizierten Arbeitslosen sinken in Langzeitarbeitslosigkeit ab und landen schließlich in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Sie haben kaum eine Chance, dort wieder herauszukommen. Bislang ist der reguläre Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose praktisch unerreichbar: Wer etwas hinzuverdient, behält davon kaum etwas übrig, und wer einen einfachen Job annimmt, muß sogar damit rechnen, durch seine Arbeit weniger zu verdienen als jemand ohne Job.

Um Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, sind neue Hilfen und Anreize im Rahmen der Sozialhilfe erforderlich. Gerade arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger benötigen tragfähige Brücken zum Arbeitsmarkt. Notwendig sind daher vor allem motivationsfördernde Kombinationsmöglichkeiten von Markteinkommen und Sozialhilfeleistungen bzw. neuartigen Sozialtransfers.

Es gibt in Deutschland 37 Behörden, die mehr als 150 verschiedene bei trags- und steuerfinanzierte Sozialleistungen festsetzen und auszahlen. Steu-

erfinanzierte Sozialleistungen und Steuerrecht müssen wesentlich besser aufeinander abgestimmt werden, damit in den unteren Einkommensbereichen stärkere Anreize zur regulären Arbeitsaufnahme geschaffen werden. Der Sozialhilfeempfänger soll und muß die Chance erhalten, sich schrittweise aus der Sozialhilfe herauszuarbeiten, hat aber auch die Verpflichtung, gebotene Beschäftigungsmöglichkeiten anzunehmen. Es darf nicht dazu kommen, daß in jungen Jahren eine Gewöhnung an Sozialhilfe und eine Verfestigung von Arbeitslosigkeit entstehen. Wir müssen darum vor allem erreichen, daß jungen Menschen bis zum 25. Lebensjahr statt Sozialhilfe Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen angeboten werden.

Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik dürfen in einer Zeit der wachsenden Arbeitslosigkeit nicht pauschal zurückgefahren werden, schon gar nicht in Regionen und für Gesellschaftsgruppen mit weit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Aber die aktive Arbeitsmarktpolitik muß insgesamt vielfältiger, flexibler, leistungs- und wettbewerbsorientierter werden. Die lokalen Arbeitsämter sollten sich mit Hilfe der regionalen Arbeitsmarktakteure auf die Entwicklung von sinnvollen Erfolgskriterien für Beschäftigungs-, Qualifizierungs-, Betreuungs-, Vermittlungsprojekte u.ä. beschränken und Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik frei ausschreiben. Der Wettbewerb unter den Anbietern wird dafür sorgen, daß sich die arbeitsmarktpolitisch leistungsfähigsten und damit kostengünstigsten Träger und Maßnahmen durchsetzen.

Wir brauchen individuelle Förderbrücken, welche die Arbeitslosen über einen längeren Zeitraum an den Arbeitsmarkt heranzuführen: z.B. über Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte bis hin zu gemeinnütziger Arbeitsvermittlung und Praktika in privatwirtschaftlichen Unternehmen. Förderbrücken erfordern auch, daß die einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik besser aufeinander abgestimmt werden, unabhängig davon, ob sie von den Kommunen oder vom Bund finanziert werden.

Die Niederlande haben gezeigt, daß eine langfristig angelegte Strategie von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierung geeignet ist, die Arbeitslosigkeit erheblich zu reduzieren, nachhaltig Beschäftigung zu schaffen, Arbeitnehmer und Betriebe zu entlasten, übertriebene Ansprüche an den Staat zurückzuschrauben und die Staatsquote zu senken.

Gewiß sind Erfolgsmodelle des Auslandes nicht schablonenhaft auf Deutschland zu übertragen. Denn es gibt kein Patentrezept für eine Politik der Vollbeschäftigung. Wir brauchen ein Bündel von Maßnahmen, und wir werden damit leben müssen, daß nicht alles, was wir unternehmen und versuchen, sofort den erwünschten Erfolg bringt. Voraussetzung für den Erfolg aller dieser Maßnahmen ist aber, daß sich Wirtschaft, Gewerkschaften und Staat an das Prinzip des Gebens und Nehmens halten.